

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 26. März 2026, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Stadtrat

Vorsitz: Alice Kropf

SVP:

Peter Aegerter, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Philipp Deriaz, Sonja Graf, Christoph Lauener (bis und mit Traktandum 4, 17.50 Uhr), Alex Reymondin,

Grüne:

Anja Dolder-Gerhardy, Thomas Clare, Iris Lauper, Noëmi Porfido, Malenka Schmutz, Cloe Weber

SP:

Martin Allemann, Adrian Christen, Manon Jaccard, Alice Kropf, Marianna Oesch Bartlome, Franz Schori, Nina Siegenthaler

Die Mitte:

Müller Lara, Alois Studerus, Angelika Zimmermann

FDP:

Reto Beutler, Claude Schlapbach, Markus van Wijk

glp:

Nicolas Glauser, Michael McGarty, Vanessa Meier

Parteilos:

Marc Fritschi (bis und mit Traktandum 8, 19.00 Uhr), Matthias Zellweger

EDU:

Franziska Eggenberg, Mirjam Waber

EVP:

Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs

Anwesend
zu Beginn

37

Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) Vizepräsidentin Katharina Ali-Oesch (SP) Reto Schertenleib (SVP) Eveline Salzmann (SVP) Andrea de Meuron (Grüne) Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
entschuldigt	Stadträtin Michelle Marbach (Grüne), Stadträte Sandro Badertscher (Parteilos) und Leonardo Schlatter (SVP)
Sekretariat	Christoph Stalder
Protokollantin	Lorina Winkler
Schluss der Sitzung	20:25 Uhr

Die **Stadtratspräsidentin** begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Doppelsitzung. Speziell begrüsst sie Thomas Clare, welcher die Nachfolge von Thomas Hiltbold antritt.

30. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12. Februar 2026

Der Rat genehmigt das Protokoll vom 12. Februar 2026 stillschweigend.

31. Sachkommission Präsidiales und Stadtentwicklung 2023 - 2026)

Ersatzwahl für den zurückgetretenen Thomas Hiltbold (Grüne)

Die **Fraktion Grüne** schlägt Thomas Clare vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 litera b Stadtverfassung, beschliesst:

In die SAKO P + StE wird als Mitglied anstelle von Thomas Hiltbold (Grüne) per sofort gewählt: Thomas Clare (Grüne).

32. Zone mit Planungspflicht (ZPP) BA Gutknecht-Stiftung

Änderung Zonenplan I und Baulinienkataster sowie Ergänzung Baureglement 2022 mit ZPP-Vorschriften

Der **Stadtpräsident** betont, dass es diese Zonenplanänderung brauche, um die bauliche Erweiterung zu realisieren. Dies war im Planungsprozess von keiner Seite bestritten und die Tatsache, dass keine Einsprachen eingingen, zeigt Einigkeit. Es gilt dieselbe Regelung wie im angrenzenden Gebiet. Die Vorlage ist auch politisch unbestritten und sollte daher keine allzu lange Diskussion erfordern.

Peter Aegerter, **SAKO P + StE**, hält fest, dass die Kommission gut orientiert worden sei. Die Zone entspricht vollumfänglich dem Zweck der Stiftung und die Parzelle wurde damals aus der Ortsplanungsrevision ausgeklammert. Die Erarbeitung der ZPP erfolgte unter Einbezug der Stiftung. Aufgrund des Nutzungszwecks entsteht kein Mehrwert, weshalb keine Mehrwertabschöpfung anfällt. Der Stiftung wurde das Land unter diesen Voraussetzungen vermacht. Neu kann auf dem Areal höher gebaut werden. Ein Qualitätssicherungsverfahren soll sicherstellen, dass auf das Quartier Rücksicht genommen wird. Die SAKO erkundigte sich, ob die Anwendung der Grünflächenziffer den üblichen Vorgaben entspricht. Dies variiert je nach Zone und ist im Reglement festgehalten. Weiter wollte die SAKO wissen, ob aufgrund der Anpassung der Gebäudehöhe und eines zusätzlichen Geschosses mit Widerstand aus der Bevölkerung zu rechnen ist. Dies ist nicht der Fall; im Rahmen der Auflage sind keine Einsprachen gegen die ZPP eingegangen. Die SAKO P + StE empfiehlt die Annahme der Zonenplanänderung mit 6 : 0 Stimmen bei 2 Absenzen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, schliesst sich seinem vorangehenden Votum an. Er erklärt, dass die SVP-Fraktion die Zonenplanänderung bei einer Enthaltung vollumfänglich annehmen wird.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, gibt bekannt, dass die SP-Fraktion das Geschäft annimmt. Wichtig ist ihnen die Sicherstellung der Integration ins Quartier.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, unterstützt das Geschäft mit seiner Fraktion. Der abgegebene Erläuterungsbericht sei aus seiner Sicht jedoch ungenügend. Er hätte sich insbesondere Informationen zur Quartierverträglichkeit gewünscht, da diese von hoher Relevanz ist. Auch detaillierte Angaben zu den Gestaltungsgrundsätzen fehlten. Für seine Fraktion ist das Qualitätssicherungsverfahren absolut zentral.

Anja Dolder-Gerhardy, **Fraktion Grüne**, begrüsst die positive Klimawirksamkeit des Vorhabens. Im Rahmen des qualitätssichernden Verfahrens sollen auch energetische Aspekte miteinbezogen und auf bestmöglichem Niveau umgesetzt werden. Der verminderte Flächenverbrauch ist ein klarer Vorteil. Ihre Fraktion hofft, dass eine Umgebungsgestaltung geplant und umgesetzt wird, die den heutigen Anforderungen an Klimaschutz und Biodiversität Rechnung trägt. Die Grüne Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, hofft auf eine Korrektur der Grünziffer nach oben. Ansonsten stimmt seine Fraktion dem Geschäft in allen Punkten zu.

Der Stadtpräsident bedankt sich beim Rat für die gute Aufnahme und begrüsst die heute Abend anwesenden Verantwortlichen der Gutknecht-Stiftung. Er betont, dass im vorliegenden Fall nicht etwa auf eine Mehrwertabgabe verzichtet wird; vielmehr entsteht kein Mehrwert, weshalb auch keine Abgabe geschuldet ist. Das Reglement ist klar: Entsteht ein Mehrwert, wird dieser in Rechnung gestellt. Er will klar festhalten, dass es sich hier nicht um eine Ausnahme handelt – das wäre nicht zulässig.

Der Rat genehmigt mit 36 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 litera b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 28. Januar 2026, beschliesst:

1. Verabschiedung der Zonenplanänderung mit ZPP-Vorschriften, beinhaltend
 - Änderung Zonenplan I, Bauzonenplan, Teil Thun, 1:1'000
 - Änderung Baulinienkataster, Blatt 11 Talacker Lachegrabe, 1:1'000
 - Änderung Baureglement 2022, Anhang 3.2 Zonenvorschriften ZPP BA «Gutknecht-Stiftung» zuhanden der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

33. Ausbau der Veloabstellanlage Mönchstrasse

Bewilligung eines Verpflichtungskredits in der Höhe von 742'000 Franken

Gemeinderat Reto Schertenleib erklärt, einigen Ratsmitgliedern komme das Geschäft möglicherweise bekannt vor, da bereits 2017 ein entsprechender Antrag gestellt worden war, den der Stadtrat damals zurückgewiesen hat. Er erläutert die Unterschiede zur heutigen Vorlage. Damals wäre es die erste Doppelstockanlage in Thun gewesen, weshalb ein erhöhter Betreuungsaufwand befürchtet wurde. Auch finanzielle Aspekte sprachen dagegen, da die Zusicherung der SBB noch fehlte. Kritisiert wurde auch, dass man keine Agglomerationsgelder beanspruchen wollte. Schliesslich stimmte das Verhältnis zwischen den Kosten und den zusätzlichen Abstellplätzen nicht. Gemeinderat Reto Schertenleib hat sich bemüht, das Geschäft diesmal mehrheitsfähig auszugestalten und die damaligen Kritikpunkte bestmöglich zu berücksichtigen. Das Projekt wurde nicht günstiger, wobei damals noch 290'000 Franken für den baulichen Strassenunterhalt vorgesehen waren. Diese Kosten fallen heute nicht mehr an. Das Projekt ist jetzt aber überdacht und die Abstellanlagen wurden so angeordnet, dass kein Strassenumbau mehr nötig ist und mehr gedeckte Abstellplätze entstehen. Heute liegt die Zusicherung der BLS vor. Das Projekt wird auch bei den

Agglomerationsgeldern geltend gemacht. Es stammt aus dem Agglomerationsprogramm der ersten Generation und muss nun in die Realisierung, damit die entsprechenden Gelder genutzt werden können. Es ist nicht realistisch, auf ein umfassenderes Projekt zu warten; sinnvoller ist es, das rasch umsetzbare Projekt an der Mönchstrasse zu realisieren und dafür die entsprechenden Mittel zu sichern. Zudem stimmt man das Projekt auf die Baustellen an der Frutigenstrasse ab und passt die Unterführung entsprechend an. Dabei entstehen keine unumkehrbaren Vorgaben; aufgrund neuer Erkenntnisse lassen sich die Veloplanlagen bei Bedarf auch wieder verlegen. Man legt Wert darauf, bestehende Bauteile wiederzuverwenden. Ein Teil der Anlage wird an die Niesenstrasse verlegt.

Iris Lauper, **SAKO B + L**, erläutert, dass im heutigen Geschäft alle wichtigen Fragen geklärt sind. Sie weist darauf hin, dass der Kredit zulasten der Spezialfinanzierung Parkinggebühren geht. Ein Bereich hinter der Anlage bleibt ungenutzt; dies wurde bewusst so vorgesehen für die zukünftige Bahnhofplanung. Die SAKO B + L stimmt dem Geschäft einstimmig bei 1 Abwesenheit zu.

Iris Lauper, **Fraktion Grüne**, begrüsst den Mehrwert für die Menschen, die mit dem Velo zum Bahnhof fahren. Der Ausbau der Veloabstellanlage bringt einen klaren Nutzen, und die Finanzierung ist geregelt. Die Zahl der Veloabstellplätze verdoppelt sich nicht – sie hofft aber, dass dann keine Velos mehr auf dem Trottoir stehen. Eine langfristige Lösung ist dies nicht, da die Zahl der Velos weiter steigt. Die Fraktion Grüne freut sich, dass endlich etwas geht. Es handelt sich zwar nicht um die Park+Ride-Velostation, die wirklich gebraucht wird, sondern um eine Verbesserung der Veloabstellplätze. Der heutige Kredit löst nur einen Teil des Problems; eine umfassende Lösung muss noch folgen. Die Fraktion Grüne stimmt dem Kredit dennoch einstimmig zu.

Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, ist erfreut über das Projekt. Das Geschäft zeigt, dass die richtigen Schlüsse gezogen wurden und schafft endlich Abhilfe für die überfüllten Trottoirs. Es bleibt abzuwarten, ob die Velos im Pendlerstress dann auch richtig parkiert werden. Eine Betreuung während der Stosszeiten, zumindest in der Anfangsphase, wäre zu prüfen. Ihre Fraktion schätzt, dass die Projektumsetzung noch dieses Jahr erfolgt, und sie nimmt den Kredit an.

Alex Reymondin, **SVP-Fraktion**, sieht das Geschäft als seltene Gelegenheit, über ein Projekt zu diskutieren, welches ein heutiges Mitglied des Gemeinderats im Jahr 2017 in seiner damaligen Funktion als Stadtrat abgelehnt hatte – jedoch zurecht, da heute ein besseres Projekt zur Diskussion steht. Die aktuelle Situation mit dem wilden Parkieren der Velos ist prekär, für alle Nutzer unbefriedigend und zudem eine schlechte Visitenkarte für die Stadt. Im Vergleich zum Vorgängerprojekt bietet das neue Vorhaben klare Vorteile: deutlich höhere Kapazitäten, eine durchdachte Anordnung sowie die Möglichkeit, die bestehende Anlage wieder zu nutzen. Die Kosten halten sich im Rahmen. Auch ist positiv zu werten, dass die bestehende Anlage im Westen bestehen bleibt und die gefälltten Bäume im Quartier durch standortgerechte Arten ersetzt werden. Die SVP-Fraktion nimmt das Geschäft einstimmig an.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, ist ebenfalls froh, dass das Projekt 2017 gestoppt wurde. Die vorliegende Lösung überzeugt sie angesichts der finanziellen Beteiligung der BLS, der Nutzung der Agglomerationsgelder und der Möglichkeit, den neuen Standort bei Bedarf mit überschaubarem Aufwand wieder zu verlegen. Positiv bewertet ihre Fraktion auch, dass keine Steuergelder verwendet werden. Etwas seltsam finden sie, dass die Finanzierung aus dem Topf Spezialfinanzierung Parkinggebühren erfolgt, da Einnahmen aus dem motorisierten Verkehr vorrangig diesem Bereich zugutekommen sollten. Die Fraktion FDP/Die Mitte stimmt dem Kreditantrag zu.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, würdigt, dass das damalige Projekt kritisch überprüft wurde und nun eine deutlich bessere Lösung vorliegt. Die SP-Fraktion begrüsst die Mitfinanzierung durch die BLS und die Nutzung von Geldern aus dem Agglomerationsprogramm. Das Projekt verbaut keine Möglichkeiten im Zusammenhang mit dem ESP Bahnhof, und es ist positiv, dass die betroffenen Interessenvertreter bereits in der Vorprojektphase einbezogen wurden. Für die Bauphase sollte ein Angebot geschaffen werden, damit

Velos nahe dem Bahnhof abgestellt werden können. Die SP-Fraktion kann sich nicht vorstellen, dass keine Betreuung mehr nötig sein wird, und die Anzahl Abstellplätze ist insbesondere an stark frequentierten Sommertagen knapp. Auch künftig wird es nötig sein, im Rahmen des ESP Bahnhof weitere Plätze zu schaffen. Die vorliegende Lösung ist pragmatisch, aktuell realisierbar und daher sehr zu begrüßen. Zusätzlich sollte noch eine Lösung für Doppelparker gefunden werden, damit Velos mit Velokorbchen unbeschädigt abgestellt werden können. Die SP-Fraktion stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Gemeinderat Reto Schertenleib möchte noch erwähnen, dass sich die zu fällenden Bäume am aktuellen Standort offensichtlich nicht wohlfühlen. Daher ist es sinnvoll, dass die drei Ersatzbäume an einem anderen, noch zu evaluierenden Standort im Seefeld gepflanzt werden. Er bestätigt die Aussage von Stadträtin Meier, dass die im Stress abgestellten Velos mit zunehmender Nähe zur Unterführung immer chaotischer abgestellt werden. Die Veloabstellanlage zeigt aber, dass es eigentlich gut funktioniert und eine gute Ordnung herrscht. An Stadträtin Zimmermann gerichtet bestätigt er, dass die Spezialfinanzierung Parkinggebühren genau für solche Zwecke vorgesehen ist.

Der Rat genehmigt mit 36 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 25. Februar 2026, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 742'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung Spezialfinanzierung Parkinggebühren, Verpflichtungskredit-Nr. 4410.5030.006, Bilanzkonto-Nr. 14037.01.01,) für den Ausbau der Veloabstellanlage Mönchstrasse.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

34. Postulat P 20/2025 betreffend Marschhalt bei der Tourismusförderung – Übertourismus vorbeugen

Alice Kropf (SP), Nina Siegenthaler (SP), Fraktion SP, Fraktion FDP/Die Mitte, Fraktion GLP/EVP/EDU, Iris Lauper (Grüne) und Noëmi Porfido (Grüne) vom 18. September 2025; Beantwortung

Der Stadtpräsident führt aus, dass der Vorstoss am 18. September 2025 eingereicht wurde. Am 20. November 2025 verabschiedete der Stadtrat eine neue Leistungsvereinbarung mit Thunersee Tourismus. Das zeigt, dass Ziffer 2 des Postulats überholt ist: Hätte der Stadtrat einen Marschhalt gewollt, hätte er die Leistungsvereinbarung nicht einstimmig überwiesen. Alle hier adressierten Befürchtungen wurden bereits beim letzten Mal eingehend besprochen. Es ist kein Naturgesetz, dass der Tourismus immer weiter zunimmt. 2025 gingen die Logiernächte eher zurück, was unter anderem stark von der aktuellen Weltlage abhängt. Der Gemeinderat konnte zur Kenntnis nehmen, dass der Verein Thun-Thunersee Tourismus (TTST) das Level 2 der Swisstainable-Strategie 2030 von Schweiz Tourismus für nachhaltigen Tourismus erhalten hat. Auch das Thema Airbnb wurde angesprochen. Die Stadt befindet sich hier auf dem Kurs, der in der SAKO Zustimmung gefunden hat. Für eine allfällige Regulierung, die eine Einschränkung des Eigentumsrechts bedeuten würde, fehlen jedoch die nötigen Daten. Es sind nun Grundlagen erforderlich, damit eine Regelung rechtskonform ausgestaltet und eine Einschränkung genügend begründet werden kann. Die Daten sollen über das Kurtaxenreglement erhoben werden. Damit sind alle Befürchtungen adressiert und der Vorstoss kann mit gutem Gewissen angenommen und abgeschrieben werden.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, betont, dass Übertourismus schleichend entsteht und nur schwer rückgängig gemacht werden kann. Beispiele aus Interlaken und Iseltwald zeigen, wie schnell eine solche Entwicklung kippen kann. Der Gemeinderat konzentriert sich auf Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Standortattraktivität – das ist legitim, greift aber zu kurz. Tourismuspolitik umfasst auch sozial- und raumpolitische Aspekte: Wenn Wohnungen als Airbnb genutzt werden, steigen die Mieten; überlastete öffentliche

Räume und überfüllter Verkehr führen zu Dichtestress. Qualität statt Quantität ist ein richtiger Ansatz, muss aber gesteuert werden, zum Beispiel durch strengere Regeln für Kurzzeitvermietungen. Noch herrschen in Thun keine Zustände wie in Interlaken, doch präventives Handeln ist angezeigt. Die SP-Fraktion ist nicht einverstanden mit der Abschreibung des Postulats. Die angekündigte Wertschöpfungsstudie und die Tourismusstrategie sind wichtige Grundlagen. Interessant sind die Resultate, wie diese in die Strategie einfließen und welche Massnahmen daraus abgeleitet werden. Eine Berichterstattung vor der Abschreibung des Postulats wäre wünschenswert. Die SP-Fraktion erwartet mehr Verbindlichkeit, klare Priorität der Thuner Bevölkerung und eine strengere Regulierung. Eine nicht repräsentative Umfrage des Thuner Tagblatts zeigt, dass 35 Prozent der Teilnehmenden befürchteten, dass Thun künftig zu einem «Interlaken 2.0» wird. 18 Prozent sehen bereits ein Problem. Deshalb stellt die SP-Fraktion den Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben, sondern die Ergebnisse der Datenerhebungen abzuwarten.

Franziska Eggenberg, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats und THUNcity für die Darstellung der Anliegen des lokalen Gewerbes. Der Fraktion ist wichtig, dass mögliche Fehlentwicklungen im Tourismus frühzeitig erkannt werden, damit die Stadt langfristig lebenswert bleibt. Es geht nicht um einen Stopp der Tourismusförderung, sondern um eine gezielte und nachhaltige Steuerung. Die Innenstadt ist auf Gäste, Frequenz und ein funktionierendes Gewerbe angewiesen. Gleichzeitig braucht es klare Regeln, insbesondere bei Kurzzeitvermietungen wie Airbnb, wenn Wohnraum dem regulären Markt entzogen wird. Entscheidend ist eine Tourismusstrategie, welche wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen im Gleichgewicht hält. Die Fraktion GLP/EVP/EDU stimmt der Annahme und gleichzeitigen Abschreibung zu.

Alex Reymondin, **SVP-Fraktion**, teilt die Einschätzung des Postulats nicht, wonach Thun im Sommer 2025 bereits unter Übertourismus gelitten habe. Abgesehen von einzelnen Anlässen war dies nicht der Fall. Thun ist nicht mit Destinationen wie Interlaken oder Luzern vergleichbar und insgesamt nicht überlaufen. Die Gäste bringen Leben, Frequenz und Kaufkraft in die Innenstadt. Gerade angesichts sinkender Kundenzahlen im lokalen Gewerbe ist der Tourismus keine Bedrohung, sondern ein wichtiger Faktor. Aus der Antwort des Gemeinderats geht hervor, dass Thun heute einen qualitativen und nachhaltigen Tourismus pflegt. Die SVP-Fraktion sieht deshalb keinen Anlass für einen Marschhalt – im Gegenteil, sie ist eher der Meinung, dass es zeitweise sogar zu wenig Touristen gibt. Die SVP-Fraktion beantragt die Ablehnung des Postulats und im Falle einer Annahme dessen Abschreibung.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, erinnert an Goethes Zauberlehrling: Die Touristen, die man gerufen hat, sind nun da. Vor 10 bis 15 Jahren hat man bewusst darauf hingearbeitet, Gäste auf dem Weg nach Interlaken zu einem Halt in Thun zu bewegen – mit Erfolg. Von Zuständen wie in Interlaken ist Thun jedoch weit entfernt. Entscheidend bleibt der Fokus auf Qualität statt auf Masse. Zur erwähnten Umfrage mit 53 Prozent kritischen Stimmen hält er fest, dass in einer durch die Abteilung Stadtmarketing durchgeführten Umfrage 56 Prozent den Tourismus positiv beurteilt haben. Die Fraktion FDP/Die Mitte unterstützt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Iris Lauper, **Fraktion Grüne**, hält fest, dass man sich im Grundsatz einig ist und einen qualitativen und nachhaltigen Tourismus will. Es ist erfreulich, dass Thun beliebt ist und auch von Anlässen profitiert. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ab wann es für die ansässige Bevölkerung zu viel wird. Der Begriff des nachhaltigen Tourismus muss deshalb klar definiert werden. Dabei geht es nicht nur um die Lebensqualität der Bevölkerung, sondern auch um ein gutes Erlebnis für die Gäste. Die eigentliche Lebensader der Stadt sollen in erster Linie die Thunerinnen und Thuner sein, nicht die Touristinnen und Touristen. Da die relevanten Fakten noch nicht erhoben sind, ist eine Abschreibung verfrüht. Die Grüne Fraktion unterstützt die Annahme des Postulats, lehnt dessen gleichzeitige Abschreibung jedoch ab.

Der Stadtpräsident erklärt, dass in der SAKO die Umfrage im Thun Magazin besprochen wurde. Er hat diese Umfrage nicht erwähnt, da sie nicht repräsentativ ist. Man hat jedoch festgestellt, dass diejenigen, die sich gemeldet haben, sich positiv äusserten. Er möchte damit nicht argumentieren, sondern sich auf

die Gemeinsamkeiten fokussieren: Thun hat und will keinen Übertourismus. Stadträtin Eggenberger sichert er zu, dass die Anliegen weiter behandelt werden. Bezüglich Lebensader braucht es beides: Auch wenn Läden und Gastrobetriebe nur 10 bis 20 Prozent ihrer Umsätze mit dem Tourismus erzielen, kann gerade dieser Anteil über das Überleben eines Geschäfts entscheiden. Politisch findet er interessant, dass die SVP die Offenheit der Stadt Thun betont, während die SP mahnt, man müsse vorsichtig sein, wenn Leute nach Thun kämen. Schlussendlich soll die Botschaft ausgesendet werden, dass Gäste bei uns nach wie vor willkommen sind, wir aber keinen übermässigen Tourismus wollen. In den Grundsätzen ist man sich also einig.

Nina Siegenthaler (SP) kritisiert, dass es der SVP wohl eher darauf ankommt, wer Geld in die Stadt bringt und nicht, ob jemand Hilfe benötigt. Das macht den Unterschied, wen man willkommen heisst.

Der Rat erklärt das Postulat mit 26 : 9 Stimmen bei 1 Enthaltung als erheblich und schreibt es mit 22 : 14 Stimmen ab.

35. **Postulat P 22/2025 betreffend Stärkung lokaler Anbieter:innen durch faire Nutzung freierwerdender Ladenlokale**

Marianna Oesch Bartlome (SP) und Fraktion SP vom 18. September 2025; Beantwortung

Marianna Oesch Bartlome, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für den umfangreichen Bericht, der sehr ausführlich aufzeigt, warum gewisse Erwartungen nicht erfüllt werden können. Thun steht im Vergleich zu anderen Städten beim Lädelerben gut da, wobei auch hier der Strukturwandel real ist. Die Frage ist: Wollen wir diese Entwicklung einfach zu Kenntnis nehmen oder sie mitgestalten? Der Gemeinderat unterstreicht die Wichtigkeit der Angebotsvielfalt, schliesst aber gleichzeitig fast alle Instrumente aus, welche die Vielfalt fördern könnten. Pop-Ups und Events in der Innenstadt sind sinnvolle Massnahmen, welche die Innenstadt beleben. Aber das Problem einer Monokultur und die Verdrängung von lokalen Betrieben werden so nicht angegangen, was sie schade findet. Auch die Aussage, es gäbe aus ressourcengründen keine Übersicht über die Angebotsvielfalt, ist enttäuschend. Um die Entwicklung zu beobachten, braucht es unbedingt eine Übersicht über alle Läden und Angebote – inklusive derjenigen, welche nicht bei THUNcity angeschlossen sind. Dass sich die Stadt Thun aktiv um Liegenschaften in der Innenstadt bewirbt, ist sehr erfreulich. Dass aber das Anmieten von freien Ladenlokalen aus ökonomischen Gründen längerfristig zu einem Mietzinsanstieg führen soll, erscheint ihr nicht logisch. Beispiele aus Basel und Winterthur zeigen, dass ein solcher Ansatz sinnvoll ist. Dafür braucht es Ressourcen, z.B. in Form eines City-Managements. Ein solches würde sicher längerfristig bewähren für eine aktive Mitgestaltung. Stadträtin Oesch Bartlome führte ein längeres Gespräch mit dem City-Manager von Luzern, Erich Felber, und liess sich erklären, was das Ziel des City-Managements ist. Die Stadt übernimmt dort Verantwortung zum Thema Leerstände, steht im Austausch mit Eigentümern und sucht aktiv nach Lösungen. Es geht darum, aufzeigen, dass das Leben in der Stadt nicht einfach Privatsache ist, sondern alle etwas angeht, die in der Stadt verkehren. In Luzern haben sich schon sehr schöne Geschichten daraus gegeben, so gab es nach Einführung des City-Managements eine erhöhte Nachfrage von Geschäftsbetreibenden. Für Thun wünscht sie sich einen Austausch mit anderen Städten wie Luzern, Burgdorf oder Biel. Wichtig ist auch, dass die Jugend mit ins Boot geholt wird, da diese Bevölkerungsgruppe andere Ideen und Vorstellungen davon hat, was es in einer Innenstadt braucht. Zu dem Thema gibt es verschiedene Podcasts und Dokumentationen aus Deutschland. Sie erwähnt das Projekt «Stadtgewächse – ein Gewächshaus für Ladenkonzepte» aus der deutschen Stadt Hanau. Dieses zeigt, dass es Investitionen und Bemühungen braucht, damit sich Leute gerne in der Stadt aufhalten. Weil der letzte Prüfpunkt des Postulats aus ihrer Sicht nicht erfüllt ist, stellt die SP-Fraktion den Antrag, das Postulat anzunehmen und nicht abzuschreiben.

Anja Dolder-Gerhardy, **Fraktion Grüne**, kann der Begründung des Gemeinderats grundsätzlich folgen, steht aber mit ihrer Fraktion inhaltlich voll hinter der Stossrichtung des Postulats. Laut Studie der Credit Suisse aus dem Jahr 2018 sollte aus damaliger Sicht aufgrund des zunehmenden Internethandels im Jahr

2028 das sogenannte Lädelersterben eingetreten sein werde, das sich heute z.B. in der Oberen Hauptgasse zeigt. Verschiedene Faktoren spielten zusammen: Zu hohe Mieten für Ladenlokale, Leerstände, welche die Eigentümer bewusst in Kauf nehmen, sowie fehlende Nutzungsspielräume. Pop-up-Nutzungen, wie z.B. in St. Gallen gefördert werden, könnten hier neue Möglichkeiten schaffen. Erfahrungen aus Bern und St. Gallen zeigten, dass Workshops zwischen Detailhandel und öffentlicher Hand sowie gezielte Pop-up-Förderungen erfolgreich sind. Langfristig ist auch eine autofreie Innenstadt wünschenswert. Die Fraktion Grüne beantragt die Annahme des Postulats und lehnt dessen Abschreibung ab.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, möchte weder mehr Markenshops noch zu viel Leerstand. Gleichzeitig anerkennt seine Fraktion die Realität, dass sich das Kaufverhalten drastisch verändert. Wenn alle lokal und regional einkaufen und produzieren würden, könnte man gegensteuern. Es hilft jedoch nicht, dass die Preise gegenüber dem Onlinehandel teilweise doppelt so hoch sind. Der lokale Handel muss jedoch selbst Massnahmen ergreifen; Vorschriften durch die Stadt würden zu Marktverzerrungen führen. Dennoch ist es gut, wenn sie im Kontakt zu den Ladenbesitzern steht. Mieten zu übernehmen und damit Risiken einzugehen ist nicht zielführend. Die Fraktion GLP/EVP/EDU sieht wenig Potenzial bei den genannten Massnahmen. Sie nimmt das Postulat an und stimmt dessen Abschreibung zu.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, stellt fest, dass die Türen, die er letztes Jahr mit seinem Vorstoss «Vielfalt im Stadtbild erhalten – Unterstützung für ein buntes Kleingewerbe in der Innenstadt» geöffnet hat, durchschritten wurden. Er ist grösstenteils einverstanden mit den Initianten, ausser mit Punkt 2, dass die öffentliche Hand die Miete von Ladenlokalen übernehmen sollte. Deshalb lehnt seine Fraktion das Postulat mehrheitlich ab und schreibt es ab.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, findet es widersprüchlich, wenn man einerseits den Tourismus in der Innenstadt unterbinden, die Leute gleichzeitig aber wieder reinholen will. Er sieht zum Thema Lädelersterben keinen Handlungsbedarf für die öffentliche Hand, da Thun im Schweizer Vergleich gut dasteht. Natürlich hat sich aufgrund des Online-Handels auch in Thun das Kaufverhalten massiv verändert. Das Anliegen der Postulantin läuft Stand heute ins Leere: Eine Liste von bewilligungspflichtigen Betrieben besteht, für bewilligungsfreie Ladenlokalnutzungen braucht es keine solche Liste. Arbeitsbewilligungen werden laufend durch das Polizeinspektorat und die Arbeitsmarktkontrolle überprüft. Die Anmietung von freiwerdenden Ladenflächen würde zu einem Anstieg der Mietzinsen führen. Zu guter Letzt bestimmt nach wie vor die Nachfrage das Angebot. Die Thuner Innenstadt lebt von attraktiven und marktüblichen Angeboten, welche Kunden in die Stadt locken. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab und schreibt es im Falle einer Annahme ab.

Der Stadtpräsident betont die Bedeutung einer attraktiven, lebenswerten Innenstadt. Er ist selbst in der Oberen Hauptgasse aufgewachsen, seine Eltern führten einen Gewerbebetrieb – er kennt das Lädelersterben daher bestens. Eine bessere Zugänglichkeit zur Innenstadt war auch einer der Gründe für den Bau des Parkhauses im Schlossberg. Der Gemeinderat hat sich auch über ein City-Management unterhalten, jedoch wurde im Postulat kein City-Manager verlangt. Ein City-Manager kann ein Modell sein, doch aufgrund der guten Zusammenarbeit mit THUNcity ist das vielleicht gar nicht nötig. Die aufgeführten Beispiele aus anderen Städten zeigen gute Punkte, welche die Stadt Thun teilweise auch schon umsetzt. Die teilweise sehr hohen Mieten sind bedauerlich, jedoch kann die Stadt nicht anbieten, diese zu bezahlen – das wäre kontraproduktiv. Auch hier stellt er einen Konsens fest, nämlich der Wunsch nach einer lebenswerten, belebten und funktionierenden Innenstadt. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Stadtmarketing finden zahlreiche Anlässe statt, welche Frequenzen generieren, die kaskadenmässig auch wieder Umsätze für die Geschäfte bringen. Der Gemeinderat bleibt dran und ist froh, dass im Grunde alle das gleiche Ziel haben.

Marianna Oesch Bartlome (SP) begrüsst die gute Zusammenarbeit mit THUNcity. Sie berichtet von einem interessanten Gespräch mit einem Vorstandsmitglied. Der anstehende Generationenwechsel in der Eigentümerschaft stimmt sie zuversichtlich. An Stadtrat Aegerter gerichtet hält sie fest, dass bereits Listen

sowohl von THUNcity als auch von Seiten Wirtschaftsraum Thun vorliegen. Diejenige des Wirtschaftsraums Thun ist tagesaktuell und kann als Datengrundlage dienen. Sie versteht deshalb nicht, weshalb kein Abgleich der Daten möglich sein soll. Insgesamt ist sie erfreut, dass man auf einem guten Weg ist.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 20 : 16 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 21 : 15 Stimmen ab.

36. Postulat P 29/2025 betreffend eine Wirtschaftsstrategie für die Stadt Thun

Thomas Lanz (Grüne), Fraktion Grüne und Michael McGarty (GLP) vom 19. Dezember 2025; Beantwortung

Der **Stadtpräsident** begründet nochmals die Beantragung der Annahme durch den Gemeinderat. Der Stadtrat wird spätestens am nächsten Morgen eine Mitteilung erhalten, dass ihm ein Modell für die Finanzierung des Neubaus der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) vorgelegt wird. Damit beginnt sehr konkret eine neue Phase in der Entwicklung des ESP Thun Nord. An diesem Standort besteht eine grosse Arbeitsplatzreserve und der Gemeinderat hat sich viele Gedanken dazu gemacht, wie man das Beste herausholen kann. Der ESP Thun Nord steht im Zusammenhang mit dem ESP Thun Bahnhof und auch mit dem Sport- und Freizeitcluster Thun Süd. Dazu sind Überlegungen im Gange, wie man diese drei Entwicklungsschwerpunkte mit einem strategischen Überbau so verhängt, dass es langfristig Sinn macht. Daher die Antwort des Gemeinderats, das Postulat renne offene Türen ein. Der Gemeinderat empfiehlt die Annahme des Postulats, damit er die laufenden Arbeiten fortsetzen kann.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, zeigt sich erfreut, dass das Anliegen offene Türen einrennt. Gleichzeitig erwartet seine Fraktion bei einem so zentralen Thema angesichts der strukturellen Herausforderungen und der bisher nur punktuellen Wirtschaftsförderung ein proaktiveres Handeln des Gemeinderats. Es freut ihn jedoch, dass dem Thema dank der Grünen nun mehr Beachtung geschenkt wird. Sie erwarten einen partizipativen Prozess mit Einbezug aller relevanten Stakeholder, der Konzepte der residentiellen Ökonomie sowie der Förderung lokaler Wirtschaftskreisläufe, regionaler Wertschöpfung und nachhaltiger Unternehmensansiedlungen. Zudem fordern sie die Prüfung von Massnahmen zur Förderung von Unternehmen und Start-ups in zukunftsfähigen Branchen. Damit sollen nicht nur Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch die Resilienz der lokalen Wirtschaft gegenüber globalen Marktverschiebungen gestärkt werden. Schliesslich fordern sie eine stärkere Integration der Wirtschaft in die städtebauliche Entwicklung. Sie werden den Bearbeitungsprozess eng begleiten und sind gespannt auf die Information zum ESP Thun Nord. Die Fraktion Grüne nimmt den Vorstoss einstimmig an.

Michael McGarty, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, freut es, dass das Anliegen offene Türen einrennt. Er wünscht sich mehr Informationen dazu, welche Anliegen in die Strategie einfließen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, nennt Punkte, die im Zusammenhang mit der Wirtschaftsstrategie zu berücksichtigen sind. Die Thuner Wirtschaft steht dem Ansinnen eher skeptisch gegenüber und befürchtet mehr Regulierung und Einschränkungen. Bereits heute überprüft rund ein Fünftel der ansässigen Firmen ihren Standort in Thun. Ebenfalls problematisch sind die Verkehrsprobleme in und um Thun. Die Wirtschaftsstrategie muss einen klaren Mehrwert gegenüber dem heutigen Stand aufweisen. Wichtiger als die Strategie sind für die SVP-Fraktion die Rahmenbedingungen für die Thuner Wirtschaft – etwa weniger Steuern, einfachere Verfahren und ein pragmatisches Vorgehen nach dem Motto «Macht einmal». Ein weiteres Argument für eine Strategie ist die Arbeit des städtischen Fachbereichs Wirtschaft, der beurteilt, wo Ansiedlungen oder Erweiterungen neuer Firmen sinnvoll sind. Trotz der kritischen Bemerkungen begrüssen sie die Diskussion über den Wirtschaftsstandort Thun. Die SVP-Fraktion stimmt der Überweisung zu.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, ist erfreut über den Antrag des Gemeinderats. Er hofft aber auch, dass sich der Gemeinderat bei der Umsetzung an die Punkte aus dem Postulat erinnern wird, insbesondere an die Förderung der lokalen Abläufe, die regionale Wertschöpfung und die nachhaltige Unternehmensansiedlung. Die SP-Fraktion möchte wissen, bis wann sie mit dem Vorschlag rechnen kann und wie der Stadtrat eingebunden wird. Sie unterstützt das Postulat einstimmig.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, lehnt das Postulat mit seiner Fraktion grossmehrheitlich ab. Der Rahmen ist einseitig und zu eng gesteckt, einzelne Aussagen stimmen nicht. Mit etwas Aufwand im Vorfeld, etwa Gespräche mit den zuständigen Instanzen, hätte man seriöser wirken können. Die Forderungen zu residenteller Ökonomie und nachhaltiger Unternehmensansiedlung greifen zu kurz. Die Behauptung, es gebe keine klare Wirtschaftsstrategie, trifft nur insoweit zu, als es kein Dokument mit diesem Titel gibt. Die Stadt Thun ist mit ihrem schweizweit anerkannten 360-Grad-Angebot der Wirtschaftsförderung gut aufgestellt. Strukturelle Schwächen liegen nicht in fehlenden Strategiepapieren, sondern in mangelnden Expansionsflächen, zu wenig Wohnraum für Mitarbeitende, verzögerten Bewilligungsverfahren, ungenügenden öV-Anbindungen und in einer steigenden Regulierungsdichte. Die im Postulat erwähnten Beispiele der New Roots AG und der 3S Swiss Solar Solutions AG wurden oberflächlich recherchiert; in beiden Fällen fanden umfassende Standortsuchen statt. Seine Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass Wirtschaftsförderung nicht auf ideologisch gefärbten Dokumenten basieren darf. Thun steht vor grossen Entwicklungen: Mit dem Empa-Initialprojekt und dem Ruag-Campus Thun Nord im Bereich Cyber- und Drohnentechnologie entstehen bis zu 6'500 neue Arbeitsplätze. Um diese Chancen optimal zu nutzen, müssen kantonale und nationale Akteure eingebunden und die Wirtschaftsentwicklung gesamtheitlich betrachtet werden.

Der Stadtpräsident betont, dass die geplanten Schritte nicht nur aufgrund des Vorstosses der Fraktion Grüne erfolgen. Die von Stadtrat Aegerter genannten Rahmenbedingungen sind wichtig – es ist kein «entweder oder», sondern ein «sowohl als auch». Ein Postulat ist jedoch ein Prüfungsauftrag; es wird geprüft, nicht 1:1 umgesetzt. Zum Zeitpunkt der Umsetzung macht er als abtretender Stadtpräsident keine Angaben, ist aber überzeugt, dass seine Nachfolger dies hervorragend und zeitgerecht erledigen werden. Thun steht mit den drei Entwicklungsschwerpunkten vor grossen Chancen. Um diese Entwicklungen jedoch sinnvoll aufeinander abzustimmen, braucht es einen strategischen Überbau. Deshalb beantragt der Gemeinderat die Annahme des Vorstosses.

Thomas Lanz (Grüne) antwortet an Stadtrat Aegerter gerichtet, dass er sich sehr wohl eingehend mit den strukturellen Herausforderungen befasst und auch alle Wirtschaftsverbände angeschrieben hat. Jedoch hat er nur vom Verein Volkswirtschaft Berner Oberland eine Antwort erhalten. Ihr Anliegen ist das Angehen der strukturellen Herausforderung, wobei ein koordiniertes Vorgehen wichtig ist. Das von Stadtrat van Wijk genannte Strategiepapier konnte er nirgends finden. Nachhaltigkeit als Ideologie zu framen hält er für falsch, da dazu ein grosser Konsens herrscht – nicht nur bei den Klimazielen. Die Nachhaltigkeit sollte daher auch in der Wirtschaftsförderung berücksichtigt werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat mit 28 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen an.

37. Postulat P 26/2025 betreffend Starke Jugend - starke Stadt: Prüfung von Communities That Care (CTC) in Thun

Noëmi Porfido (Grüne), **Fraktion Grüne**, **Fraktion SP**, **Thomas Bieri** (SVP) und **Lara Müller** (Die Mitte) vom 23. Oktober 2025; Beantwortung

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch betont die Wichtigkeit von Prävention.

Noëmi Porfido, **Fraktion Grüne**, war sehr erfreut über die Antwort des Gemeinderats und ist gespannt auf die heutige Abstimmung. Ihre Fraktion setzt sich für eine starke Jugend ein, da sie unsere Zukunft ist. Communities That Care (CTC) überzeugt genau hier, da es um evidenzbasierte Prävention geht. Gerade heute braucht es nicht nur Einzelmassnahmen, sondern ein gemeinsames, nachhaltiges Vorgehen, um sich einer nachhaltigen Präventionspolitik anzunähern. Die Fraktion Grüne nimmt das Postulat einstimmig an.

Mirjam Waber, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, erinnert daran, dass es 31 Jahre her ist, seit das letzte Mal über Prävention – damals zur Drogenpolitik – abgestimmt wurde. Heute sieht sich die Jugend nebst Gewalt und Drogen mit der digitalen Herausforderung konfrontiert. Ihre Fraktion wünscht sich auch eine starke Thuner Jugend. Das Fundament hierfür sind jedoch primär starke Familien – Eltern, die Zeit mit ihren Kindern verbringen. Die Stadt verfügt bereits über sehr gute Massnahmen, die grösste Präventionsarbeit wird aber von den Vereinen gemacht. Genau deshalb stimmen sie dem Projekt CTC zu, da die verschiedenen Akteure im gleichem Boot sitzen sollten. Zusammen kann man bewirken, damit die Thuner Jugend noch mehr gestärkt wird. Die erarbeiteten Daten und Fakten müssen der SAKO vorgelegt werden, damit sie dort evaluiert und hinsichtlich der Notwendigkeit von Massnahmen diskutiert werden können. Die Fraktion GLP/EVP/EDU folgt dem Gemeinderat und ist für die Annahme des Postulats.

Reto Beutler, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet gute Prävention grundsätzlich sinnvoll. Den Ansatz des Postulats beurteilt seine Fraktion positiv, insbesondere wenn dadurch Doppelspurigkeiten vermieden und ein echter Mehrwert geschaffen werden können. Gleichzeitig haben sie gewisse Vorbehalte, ob damit tatsächlich ein Mehrfaches an Folgekosten verhindert werden kann. Wichtig ist, dass die Präventionsbürokratie nicht ausgebaut wird. Ob sich der Ansatz in der Praxis bewährt, wird sich zeigen. Die Fraktion FDP/Die Mitte stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, stellt fest, dass die im Postulat aufgeführten Argumente grundsätzlich im Sinne seiner Fraktion sind. Sie vertrauen darauf, dass die Volksschule dadurch nicht zusätzlich belastet wird und gehen davon aus, dass die bestehenden Ressourcen ausreichen. Die SVP-Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, begrüsst den Antrag des Gemeinderats auf Annahme des Postulats. Es braucht verlässliche Strukturen und eine enge Zusammenarbeit aller Akteure. Prävention darf nicht erst einsetzen, wenn Probleme schon bestehen. Die SP-Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch freut sich über die Einigkeit im Stadtrat. Sie zeigt den Strauss an Massnahmen im Kinder- und Jugendleitbild. Nur wenn diese gelebt werden, nützen sie etwas. Communities That Care (CTC) bietet eine gute Möglichkeit, an Daten zu kommen. Zu den vielfältigen Angeboten durch die Vereine hält sie fest, dass die Stadt Vereine im Bereich Kinder & Jugendliche bereits unterstützt. Diese Vielfalt muss man koordinieren und vernetzen. Sie berichtet vom Anlass Familienanlass «Eltern werden – Eltern sein» aus dem Bereich frühe Kindheit, der am Tag zuvor im Rathaus Thun stattfand und einen unglaublichen Zulauf generierte. Das Ziel war es, dass sich Eltern und andere Akteure sich im Informationsdschungel zurechtfinden. Communities That Care (CTC) ist dabei ein weiterer Baustein.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr für 30 Minuten unterbrochen.

38. Postulat P 27/2025 betreffend bessere Sichtbarkeit für das Fête de la Musique

Thomas Bieri (SVP) und Fraktion SVP vom 23. Oktober 2025; Beantwortung

Thomas Bieri (SVP) erinnert daran, dass er anlässlich der Debatte zur Kulturhauptstadt Schweiz 2030 mehr Beachtung für Kulturschaffende gefordert hat. Das Postulat baut auf diesem Anliegen auf. Das Fête de la Musique findet in Thun zwar statt, die Sichtbarkeit und der Umfang werden der Grösse der Stadt jedoch nicht gerecht. Das OK des Fête de la Musique muss stets schauen, dass es kostenmässig über die Runden kommt. Deshalb will er den Event ins Projekt Kulturhauptstadt Schweiz 2030 integrieren, z.B. mit einem Patronat durch die Stadt Thun oder die Mithilfe bei der Erweiterung des OK. Auch eine Bewerbung des Anlasses durch das Stadtmarketing ist zu prüfen. Es geht primär darum, einem international gefeierten Anlass mehr Sichtbarkeit und Anerkennung zuzusprechen und dadurch der Stadt einen Nutzen zu verschaffen. Ihm wäre es recht, das Postulat bis zur Entscheidung zur Schweizer Kulturhauptstadt 2030 pendent zu halten und er bedauert, dass der Gemeinderat das anders sieht.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, schliesst sich dem Vorgängervotum einstimmig an.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, begrüsst das Anliegen des Postulats. Die SP setzt sich für mehr Sichtbarkeit von kulturellem Schaffen ein. Am Beispiel des Fête de la Musique zeigen sich aber auch strukturelle Herausforderungen: Mit begrenzten Ressourcen stösst das Engagement schnell an Grenzen, obwohl bereits heute eine Unterstützung durch die Stadt besteht. Kultur ist für die SP kein Luxus, sondern ein öffentliches Gut, das zugänglich sein und gefördert werden soll. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Mittel, sondern auch um eine bessere Vernetzung und eine gezielte Weiterentwicklung. Im Hinblick auf die Kulturhauptstadt 2030 sehen sie zusätzliches Potenzial für Synergien. Die SP-Fraktion stimmt dem Postulat zu und erwartet, dass die Stadt ihre Unterstützung für das Fête de la Musique und die freie Kulturszene weiterentwickelt.

Reto Beutler, **Fraktion FDP/Die Mitte**, sieht im Fête de la Musique eine sympathische, niederschwellige Veranstaltung, die zur kulturellen Vielfalt beiträgt. Dass sich engagierte Personen dafür einsetzen und den Anlass in Thun organisieren, verdient Anerkennung. Aus der Sicht seiner Fraktion ist jedoch auch klar, dass Kultur in erster Linie vom Engagement der Zivilgesellschaft lebt, nicht von der öffentlichen Verwaltung. Die Rolle der Stadt sollte deshalb vor allem darin bestehen, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, zu vernetzen und punktuell zu unterstützen, ohne selbst als Veranstalterin aufzutreten oder das Projekt zu stark zu steuern. Auch im Hinblick auf einen möglichen Zuschlag zur Schweizer Kulturhauptstadt 2030 ist das Fête de la Musique eine Chance – als authentisch gewachsenes Format, das die kulturelle Breite der Stadt sichtbar macht, ohne künstlich aufgebläht zu werden. Der Gemeinderat zeigt in seiner Antwort auf, dass genau dieses Prinzip heute schon gilt: Die Stadt unterstützt den Anlass in einem angemessenen Rahmen, stellt Informationskanäle zur Verfügung und berät die Organisation bei Bedarf. Gleichzeitig bleibt die Verantwortung für die Durchführung bei der freien Kulturszene. Das Anliegen für mehr Sichtbarkeit des Fête de la Musique nachvollziehbar, gleichzeitig zeigt die Stellungnahme des Gemeinderats, dass die wesentlichen Fragen schon geklärt sind und die Stadt heute schon eine unterstützende Rolle wahrnimmt. Aus diesen Gründen nimmt die Fraktion FDP/Die Mitte das Postulat einstimmig an und schreibt es gleichzeitig ab.

Noëmi Porfido, **Fraktion Grüne**, folgt mit ihrer Fraktion dem Antrag des Gemeinderats zur Annahme und gleichzeitigen Abschreibung.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch dankt allen Personen und Organisationen, die einen Beitrag zur künstlerischen und kulturellen Vielfalt der Stadt leisten. Das Fête de la Musique könnte Teil der Kulturhauptstadt sein. Eine Ausweitung der Kulturförderung wäre wünschenswert, doch alles hat einen – insbesondere finanziellen – Rahmen. Dass Thun bereits heute attraktiv ist für kulturelle Veranstaltungen, zeigt das neuste Beispiel mit dem Eidgenössischen Jugendmusikfest im September 2029, wo mehrere Tausend junge Musikerinnen und Musiker nach Thun kommen werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

39. Postulat P 30/2025 betreffend Stärkung und Weiterentwicklung des Bildungsstandorts Thun

Thomas Lanz (Grüne) und Fraktion Grüne vom 19. Dezember 2025; Beantwortung

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch bedankt sich für den Vorstoss, der auf ein wichtiges Anliegen hinweist und grundsätzlich offene Türen einrennt. Die Stärkung des Bildungsstandorts und die Weiterentwicklung des Bildungsangebots sind bereits in der städtischen Strategie verankert. Der Gemeinderat setzt sich entsprechend dafür ein, den Bildungsstandort weiter zu stärken und auch weiterführende Bildungsinstitutionen mit im Boot zu haben.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, freut sich, mit dem Vorstoss auf offene Türen zu stossen. Gleichzeitig betont er, dass sich der Bildungsstandort Thun aus seiner Sicht in den letzten Jahren wenig verändert hat – sowohl im Bereich der tertiären Bildung als auch der Berufsbildung – und deshalb eine klare Strategie notwendig ist. Er wünscht sich insbesondere den Ausbau praxisnaher Aus- und Weiterbildungsangebote, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Stadt, Bildungsinstitutionen und Wirtschaft sowie eine gezielte Förderung von Bildungsangeboten in zukunftsfähigen Branchen. Er erachtet es als sinnvoll, die Prüfung des Postulats mit der Wirtschaftsstrategie zu verknüpfen. Im Hinblick auf einen möglichen universitären Satellitenstandort der Universität Bern sieht er angesichts der noch fehlenden Kenntnisse auf Seiten der Stadt den richtigen Zeitpunkt für eine vertiefte Abklärung. Wenn sich der Gemeinderat hier ähnlich engagiert zeigt wie beim Campus des Schweizerischen Fussballverbandes, ist vieles möglich. Seine Fraktion unterstützt die Annahme des Postulats.

Reto Beutler, **Fraktion FDP/Die Mitte**, sieht im Bildungsstandort Thun einen wichtigen Standortfaktor für die Stadt. Gute Bildungsangebote stärken individuelle Chancen wie auch die wirtschaftliche Entwicklung und Attraktivität für Unternehmen und Fachkräfte. Für seine Fraktion stehen insbesondere praxisnahe Aus- und Weiterbildungsangebote im Fokus. Institutionen wie die Empa leisten einen wichtigen Beitrag durch die enge Zusammenarbeit mit Hochschulen und der Industrie. Auch die Hotelfachschule zeigt, wie die Höhere Berufsbildung Fachkräfte arbeitsmarktnah ausbildet. Die enge Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen und regionaler Wirtschaft ist zentral, gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel. Gleichzeitig gilt es, Themen wie Kreislaufwirtschaft oder erneuerbare Energien differenziert zu betrachten. Sie bieten Chancen, dürfen aber nicht zu einseitigen politischen Schwerpunktsetzungen führen, sondern sollen sich an realen Marktbedingungen orientieren. Zudem sind die Zuständigkeiten zu beachten: Viele Fragen der höheren Bildung liegen beim Kanton und den Hochschulen. Der Handlungsspielraum der Stadt ist begrenzt. Ihre Rolle besteht vor allem darin, Kooperationen zu fördern und sich konstruktiv einzubringen. Die Idee eines Satellitenstandorts der Uni Bern in Thun ist interessant, muss aber hinsichtlich politischer, organisatorischer und finanzieller Umsetzbarkeit realistisch geprüft werden. Da das Postulat eine strategische Betrachtung des Bildungsstandorts ermöglicht, erachtet die Fraktion eine vertiefte Prüfung als sinnvoll und nimmt das Postulat einstimmig an.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, betont die zentrale Bedeutung des Bildungsstandorts Thun für die wirtschaftliche Entwicklung, die Fachkräfteförderung und den sozialen Zusammenhalt. Gut zugängliche Bildungsangebote stärken die Chancengleichheit und eröffnen Perspektiven – auch als Gegengewicht zur Zentralisierung in grossen Ballungsräumen. Viele der im Postulat genannten Ziele sind seit Jahren strategisch verankert. Entscheidend ist nun, den Bildungsstandort unter veränderten Rahmenbedingungen zu sichern und weiterzuentwickeln. Im Zentrum stehen der Erhalt und die Stärkung der bestehenden Bildungsinstitutionen. Diese dürfen nicht durch Entscheide auf kantonaler oder privater Ebene geschwächt werden. Dafür braucht es eine klare Interessenvertretung der Stadt sowie eine enge Zusammenarbeit mit

dem Kanton. Die SP-Fraktion stimmt dem Postulat zu und erwartet, dass der Erhalt der bestehenden Angebote klar ins Zentrum gestellt wird.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, unterstützt mit seiner Fraktion die Haltung des Gemeinderats zur Stärkung und Weiterentwicklung des Bildungsstandorts Thun. Sie anerkennen, dass bereits heute eine erfolgreiche Zusammenarbeit besteht, etwa durch die langjährige Unterstützung der Berufsschulen WST und IDM. Gerade weil vieles gut funktioniert, ist der Ansatz des Postulats sinnvoll, weiterhin offen für Optimierungen und neue Bildungsangebote zu bleiben und Synergien zu nutzen. Der Handlungsspielraum der Stadt ist jedoch begrenzt, da viele Entscheidungen auf übergeordneter Ebene getroffen werden. Dass Thun dennoch grosses Potenzial als Bildungsstandort hat, zeigt das Beispiel des 2023 eingeführten Berufs „Entwickler:in digitales Business EFZ“, der für mehrere Kantone ausschliesslich in Thun unterrichtet wird – aktuell in rund zehn zusätzlichen Berufsschulklassen. Die Fraktion GLP/EVP/EDU nimmt das Postulat einstimmig an.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, erinnert daran, dass sich seine Fraktion bereits mittels verschiedener Vorstösse für das Thema Bildung eingesetzt hat. Ein gutes Bildungsangebot auf allen Stufen ist für aktuelle wie auch zukünftige Thunerinnen und Thuner zentral. Es gilt deshalb, möglichst viele Bildungsangebote und Branchen zu fördern und diese in die bestehende Bildungslandschaft zu integrieren. Dazu zählt auch ein möglicher Satellitenstandort der Universität Bern sowie weitere kantonale oder kantonsnahe Bildungsinstitutionen. Auch wenn die Zuständigkeit für weiterführende Schulen primär beim Kanton liegt, ist es sinnvoll, dass der Gemeinderat seine Beziehungen und Gremien aktiv nutzt, um Thun als Ausbildungsstandort zu stärken und weiterzuentwickeln. Die SVP-Fraktion vertraut darauf, dass mit der Annahme des Postulats das Bildungsangebot insgesamt gefördert wird. Sie nimmt das Postulat einstimmig an.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch sieht Bildung als Fundament von Wirtschaft, Gesellschaft und individueller Entwicklung. Den Fraktionsvoten pflichtet sie bei. Der Zusammenarbeit zwischen Stadt, Wirtschaft und Bildungsinstitutionen misst sie dabei eine zentrale Bedeutung zu. Die Stadt ist bereits heute in verschiedenen Gremien vertreten, u.a. in den Berufsfachschulen und im Stiftungsrat der Hotelfachschule, und pflegt dort einen engen Austausch. Ein zentrales Ziel ist es, die bestehenden Institutionen zu sichern. Darüber hinaus setzt sich der Gemeinderat dafür ein, weitere Bildungsinstitutionen – insbesondere auch auf Tertiärstufe – in Thun anzusiedeln. Bestehenden Standorten wie der Empa gilt dabei besondere Aufmerksamkeit. Zur aktiven Interessenvertretung trägt auch bei, dass mehrere Gemeinderatsmitglieder im Grossen Rat vertreten sind und sich dort für die Anliegen der Region einsetzen. Sie selbst ist Mitglied der Bildungskommission, in der auch die Universität Bern, die Pädagogische Hochschule und die Fachhochschulen Thema sind. Nichtsdestotrotz sind die Einflussmöglichkeiten begrenzt; viele Entscheide werden nicht allein auf kommunaler oder kantonaler Ebene getroffen. Gerade die Organisationen der Arbeitswelt (OaA) spielen eine wichtige Rolle. Mit der Annahme des Postulats setzt der Rat ein klares Signal, dass sich die Stadt weiterhin stark für die Bildung engagiert.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

40. Postulat P 24/2025 betreffend Städtische Stiftung für ein Mobilitätsguthaben für Menschen mit Behinderung

Marianna Oesch Bartlome (SP) und Fraktion SP vom 23. Oktober 2025; Beantwortung

Marianna Oesch Bartlome (SP) zieht das Postulat zurück. Sie ist enttäuscht vom Ton der Stellungnahme des Gemeinderats und dessen Antrag auf Ablehnung des Postulats, zumal aus ihrer Sicht ein Prüfauftrag erfolgt ist. In der Antwort steht zwar, dass in rund 3 Prozent der Gemeinden im Kanton Zürich der

Selbstbehalt für Fahrten von der Gemeinde übernommen wird. Der Gemeinderat nimmt aber nicht dazu Stellung, ob ein solches Modell auch in der Stadt Thun zu prüfen wäre. Sie wird das Anliegen möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt – bei neuer Zusammensetzung des Gemeinderats – wieder einbringen. Positiv ist, dass das Angebot nun auf der Website der Stadt Thun unter «Hindernisfrei in Thun» aufgeschaltet ist und Gemeinderätin Eveline Salzmann am nächsten Netzwerktreffen im Mai darauf hinweisen wird.

Gemeinderätin Eveline Salzmann tut es leid, dass Stadträtin Oesch Bartlome den Ton so aufgefasst hat, das war nicht ihre Intention. Ein Stadtratsbericht wird vor der Behandlung im Stadtrat von zahlreichen Augen geprüft und im vorliegenden Fall ging keine kritische Rückmeldung ein. Sie bittet darum, Prüfaufträge künftig so zu formulieren, dass sie für den Gemeinderat eindeutig verständlich sind. Der entsprechende Hinweis ist inzwischen aufgeschaltet und in «vergünstigte Freizeitfahrten» umbenannt worden. Die Stadt wird aktiv auf dieses Angebot aufmerksam machen.

41. Postulat P 31/2025 betreffend «Die Stadt Thun braucht ein Stadttaubenkonzept»

Franziska Eggenberg (EDU), Simon Badertscher (EVP), Fraktion GLP/EVP/EDU und Fraktion SP vom 19. Dezember 2025; Beantwortung

Gemeinderätin Eveline Salzmann erinnert mit dem Spruch «Und ewig grüsst das Murmeltier» daran, dass sich die Stadt seit 2006 mit dem Thema Tauben beschäftigt. 2007 wurden erste konkrete Massnahmen beschlossen, insbesondere zur Aufklärung über die Fütterung, woraufhin die Beschwerden deutlich zurückgingen. 2020 wurde ein Postulat zum tierschutzgerechten Umgang mit Stadttauben überwiesen, das 2021 angenommen wurde. In der Folge fand eine intensive und aufwendige Standortsuche in Zusammenarbeit mit dem Verein Stadttauben Schweiz statt. Ab Ende 2021 sind jedoch sämtliche geprüften Optionen verworfen worden, und seit Ende 2022 steht fest, dass kein geeigneter Standort für einen Taubenschlag gefunden werden kann. Gleichzeitig bestehen weiterhin Herausforderungen durch private Fütterung sowie Beschwerden aus der Innenstadt, insbesondere wegen Taubenkots, auch wenn sich eine gewisse Stabilität eingestellt hat. Im Sommer 2025 ist das damalige Postulat abgeschrieben worden. Vor diesem Hintergrund liegt nun erneut ein Postulat mit ähnlicher Zielsetzung vor. Der Gemeinderat empfiehlt dessen Ablehnung, da offensichtlich kein geeigneter Standort gefunden werden kann und die Umsetzung mit einem unverhältnismässigen Ressourcenaufwand verbunden wäre.

Franziska Eggenberg, Fraktion GLP/EVP/EDU, erklärt, dass Tauben verwilderte Haustiere sind, die über Jahrhunderte domestiziert wurden. Sie nisten nicht im Wald und sind keine Insekten- oder Abfallfresser, sondern Körnerfresser. Früher wurden sie während der Zucht gefüttert. Heute fehlt dieses Angebot, weshalb sie auf Essensreste und Abfälle ausweichen – hier beginnt das Problem. Falsches Futter führt zu flüssigem Kot und zu verschmutzten Fassaden und Plätzen. Nicht die Taube ist das Problem, sondern der Umgang mit ihr. In Thun werden Tauben teilweise mit geeignetem Futter versorgt, was zu begrüssen ist, denn ohne dieses gäbe es noch mehr Probleme. Auch in den beiden Taubenschlägen auf der Holzbrücke werden sie vom Taubenvater gefüttert. Diese Standorte sind jedoch laut, ungeeignet und nur provisorisch. Das häufige Argument, Füttern führe zu mehr Tauben, ist falsch. Tauben sind als sogenannte Notbrüter auf hohe Fortpflanzung gezüchtet. Wie viele Tauben es in der Stadt gibt, ist heute weitgehend dem Zufall überlassen. Mit betreuten Taubenschlägen liesse sich die Population kontrollieren und ein gesunder Bestand erreichen, denn bei geeigneten Schlägen halten sich Tauben zu rund 80 Prozent dort auf und sind weniger in der Stadt unterwegs. Die stundenlange Futtersuche auf Asphalt führt zu Verletzungen an den Füßen. Tauben sind standorttreu, lassen sich bei guten Bedingungen aber umsiedeln – genau das ist Teil der Prüfung des Postulats. Das Argument, es gebe keine Standorte, ist kein Argument gegen, sondern für ein Konzept. Der Gemeinderat beschreibt funktionierende Modelle in anderen Städten, lehnt diese jedoch ab. Der Rat entscheidet heute, ob man genauer hinschauen und ein Konzept prüfen will. Der Gemeinderat sollte das Anliegen zumindest prüfen und fundiert beantworten. Stadträtin Eggenberg bittet den Rat deshalb um Annahme des Postulats.

Marianna Oesch Bartlome, **SP-Fraktion**, ist von der Antwort des Gemeinderats ebenfalls nicht überzeugt. Es fehlt eine strategische Perspektive, stattdessen werden v.a. vergangene Schwierigkeiten betont. Die SP-Fraktion wünscht sich, dass der Viehmarktplatz und die ehemalige Voliere im Schwäbis als Standorte für einen Taubenschlag erneut geprüft werden. So viel Platz braucht ein Taubenschlag nicht. Die geschätzten Kosten sind erheblich, doch reduziert ein professioneller Umgang mit den Tauben auch Folgekosten. Dass das Thema die Abteilung Sicherheit seit Jahren beschäftigt, verursacht ebenfalls Aufwand. Die SP-Fraktion nimmt das Postulat an.

Malenka Schmutz, **Fraktion Grüne**, erinnert daran, dass der Stadtrat das Postulat im Vorjahr nicht wegen Erledigung, sondern als Dauerthema abgeschrieben hat. Ihre Fraktion anerkennt die Bemühungen der Stadt und bedauert, dass noch keine Lösung gefunden wurde. Sie wünschen sich ein Monitoring, damit klar wird, ob die Massnahmen greifen. Unklar ist auch der Zielwert für die Grösse des Taubenbestands. Sie wirft die Frage auf, ob 150 Franken als Entschädigung für das Futter reichen. Die Antwort des Gemeinderats lässt aus ihrer Sicht Fragen offen. Weil sich ein Engagement für Tiere immer lohnt, nimmt die Fraktion Grüne das Postulat einstimmig an.

Mathias Berger, **SVP-Fraktion**, gefallen die Thuner Stadttauben auf den Wandgemälden im Rathaus am besten – diese kann man nicht füttern, was er begrüsst. Seine Fraktion spricht sich für ein gesetzlich geregeltes Taubenfütterungsverbot aus, wie es in vielen Kantonen existiert. Das wäre eine wirksame Massnahme, um Fehlverhalten zu unterbinden. Es ist fraglich, ob es dafür überhaupt ein Konzept braucht. Ein so grosses Problem stellt der Taubenkot nicht dar – für seine Fraktion ist das Ganze ein Sturm im Wasserglas und sie unterstützt den Antrag des Gemeinderats einstimmig.

Lara Müller, **Fraktion FDP/Die Mitte**, sieht keinen weiteren Handlungsbedarf. Ihre Fraktion lehnt das Postulat deshalb einstimmig ab.

Gemeinderätin Eveline Salzmänn erwähnt, dass bei der letzten Diskussion zum Thema Tauben im Jahr 2021 dreizehn der heutigen Ratsmitglieder dabei waren. Auf Stadträtin Eggenbergs Kommentar, man solle endlich mal hinschauen, entgegnet sie, dass die Ablehnung daraus resultiert, dass ein ähnliches Postulat schon mal geprüft und viele Abklärungen gemacht wurden. Es gibt auch eine andere Expertenmeinung zum Thema Fütterung und daraus resultierender Vermehrung der Tauben. So stellte auch der Taubenvater eine leichte Zunahme – u.a. durch die Fütterung durch Privatpersonen – fest. Auf die Frage von Stadträtin Schmutz bezüglich des Zielwertes antwortet sie, dass der Gemeinderat ein Gleichgewicht zwischen Anzahl Tauben und Anzahl Reklamationen zu Taubenkot anstrebt. Wenn jemand geeignete Standorte für einen Taubenschlag kennt, ist sie froh, wenn diese Personen sich melden.

Franziska Eggenberg (EDU) hat in den vergangenen Postulaten immer wieder gelesen, dass man bei Privaten nach Standorten für Taubenschläge gesucht hat. Sie findet, es wäre die Aufgabe der Stadt, einen Taubenschlag zur Verfügung zu stellen. Ihr gegenüber sagte der Taubenvater, er habe keine Ahnung, wie viele Tauben es gibt – es existiere kein Monitoring. Er habe der Stadt nahegelegt, einen Draht auf die Sprinkleranlage zu spannen, um Verschmutzungen zu vermeiden. Dies wurde nicht umgesetzt. Andere Experten könnten auch noch Auskunft geben, da es neue Erkenntnisse aus Städten gibt, die einen erfolgreichen Umgang mit den Stadttauben gefunden haben.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 22 : 13 Stimmen als erheblich.

42. Interpellation I 24/2025 betreffend Alterswohnungen für selbstständiges, betreutes Wohnen in Thun

Christoph Lauener (SVP) und Fraktion SVP vom 20. November 2025; Beantwortung

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, ist teilweise befriedigt und verlangt keine Diskussion.

43. Interpellation I 23/2025 betreffend Eindämmung der «Brockenstuben auf Strassen»

Thomas Bieri (SVP) und Fraktion SVP vom 23. Oktober 2025; Beantwortung

Thomas Bieri (SVP) ist teilweise befriedigt und verlangt keine Diskussion.

44. Fragestunde F 03/2026 betreffend Umsetzung des Postulates P 01/2025 Veloverkehr am Aarequai

Mark van Wijk (FDP) vom 24. März 2026; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

45. Fragestunde F 04/2026 betreffend Beitrag im Thuner Amtszeiger

Fraktion SP und Fraktion Grüne vom 24. März 2026; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

46. Fragestunde F 05/2026 betreffend ausserordentliche Leistung FC Thun

Angelika Zimmermann (Die Mitte) vom 24. März 2026; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

47. Interpellation I 03/2026 betreffend Strassenqualität auf der Schwäbigasse entlang Coop City

Valentin Borter (SVP), Fraktion SVP vom 26. März 2026; Dringlichkeitsbeschluss

Valentin Borter (SVP) ist sich bewusst, dass Dringlichkeit nicht mit Wichtigkeit gleichzusetzen ist, doch hier liegt etwas Niederschwelliges vor, das einfach umzusetzen wäre. Es gibt nicht viel Wichtigeres als die Verkehrssicherheit von Velofahrern. Wenn die Dringlichkeit nicht durchkommt, machen sie sich keine grossen Sorgen, da Gemeinderat Schertenleib und seine Verwaltung so effizient sind, dass die Antwort wohl noch vor dem Frühstück geschrieben wird.

Der Stadtpräsident erklärt, dass sich der Gemeinderat gegen die Dringlichkeit entschieden hat, da er ja ohnehin schnell ist mit seinen Antworten. Die Annahme der Dringlichkeit kann er nicht direkt empfehlen, wäre aber auch nicht unglücklich darüber.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt die Dringlichkeit grossmehrheitlich an.

Mitteilungen

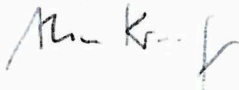
Die Stadtratspräsidentin informiert den Rat, dass die Sitzung vom 30. April 2026 wieder eine Doppelsitzung ist, dafür aber die Reservesitzung vom 12. Juni 2026 abgesagt wird.

Eingänge

- Postulat P06/2026 betreffend die Umsetzung von bestehenden rechtlichen Grundlagen zur Förderung der Biodiversität; SAKO Finanzen Ressourcen Umwelt (FiRU) vom 26. März 2026
- Postulat betreffend einer Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Thuner Stadtrats und Gemeinderats; Thomas Lanz (Grüne), Marianna Oesch Bartlome (SP), Lara Müller (Die Mitte), Fraktion Grüne vom 26. März 2026
- Interpellation I 03/2026 betreffend Strassenqualität auf der Schwäbiggasse entlang Coop City, Valentin Borter (SVP), Fraktion SVP vom 26. März 2026
- Interpellation I 04/2026 betreffend flexibler Schulstart an den Oberstufen der Stadt Thun; SP-Fraktion vom 26. März 2026
- Interpellation I 05/2026 betreffend strategischen Handlungsbedarf bei der Cybersicherheit der Stadt Thun; Mathias Berger (SVP), SVP-Fraktion vom 26. März 2026

Die Stadtratspräsidentin

Alice Kropf



Der Stadtratssekretär

Christoph Stalder

